



Intern- nur für Mitglieder des BWV Rheinland-Nassau e.V.

Dies ist eine Zusammenstellung von Artikeln aus unterschiedlichen Quellen und von unterschiedlichen Verfassern. Die dargestellte Position gibt nicht automatisch die Meinung der Bauern- und Winzerverband Rheinland-Nassau wieder.

Erster Fall von Afrikanischer Schweinepest hinter dem Schutzzaun in Frankfurt (Oder)

(moz) In Frankfurt (Oder) hat es einen zweiten positiven Befund auf Afrikanische Schweinepest (ASP) gegeben - den ersten hinter dem Schutzzaun.

Frankfurt (Oder) hat seinen zweiten Schweinepest-Fall – und den ersten hinter dem Wildschweinzaun an der Oder, wo in der vergangenen Woche ein totes Tier gefunden worden war. Ein Jäger hatte das mit der Afrikanischen Schweinepest infizierte Tier am Sonntag auf den nördlichen Oderwiesen geschossen, als dort gerade der mobile Elektrozaun errichtet wurde, der verhindern soll, dass Wildschweine während der Fallwildsuche auf die nahe Bundesstraße laufen. Das Tier wurde anschließend beprobt. Der Test auf ASP fiel dann sowohl im Landeslabor Berlin-Brandenburg als auch im Nationalen Referenzlabor am Friedrich-Loeffler-Institut positiv aus.

Bereits am 28. Februar war östlich des Wildschweinzaunes in der Nähe des Oderufers ein mit der Tierseuche infizierter Kadaver gefunden worden. Anschließend begann eine umfangreiche Fallwildsuche westlich der Barriere auf den nördlichen Oderwiesen.

Nach dem zweiten bestätigten ASP-Fall innerhalb weniger Tage wurde in Abstimmung mit dem Landeskrisenzentrum des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz die Stadt Frankfurt (Oder) nun zum gefährdet Gebiet erklärt; zuletzt galt die Stadt als Pufferzone.

Welche möglichen Verhaltensregeln für die Bevölkerung und Schutzmaßnahmen daraus folgen, darüber hat der ASP-Krisenstab am vergangenen Freitag beraten und eine Tierseuchen-Allgemeinverfügung erlassen.

Die Fallwildsuche im Fundgebiet nördlich der Stadt wird unterdessen auch in den nächsten Tagen fortgesetzt.

Sachsen erweitert Restriktionszonen

Aufgrund der aktuellen Ausbrüche von Afrikanischer Schweinepest (ASP) erweitert Sachsen die Restriktionszonen im Landkreis Görlitz.

Die Bekämpfung der ASP ist nach den Worten von Sozialministerin Petra Köpping ein weiter Weg. Die Landesdirektion Sachsen hat neue Gebietskulissen des gefährdeten Gebietes und der Pufferzone zur Eindämmung der ASP festgelegt. Innerhalb dieser Zonen gelten bestimmte Auflagen und Verbote. Das gefährdete Gebiet wird im Süden bis zur Autobahn 4 und im Westen bis Boxberg erweitert. Damit vergrößert sich die Fläche von 322 auf 989 Quadratkilometer. Die Pufferzone reicht künftig im Süden bis zu einer Linie auf der Höhe Löbau und im Westen bis zu einer gedachten Linie der Gemeinden Kubschütz, Großdubrau

und Lohsa. Die Fläche dieser Zone umfasst künftig 790 Quadratkilometer.

"Wir sind wegen der Vielzahl und der Lage der ASP-positiven Wildschweinkadaver zu dieser Ausweitung der Restriktionszonen gezwungen. Die Umzäunung des gefährdeten Gebietes wird umgehend erfolgen. Zwar sehen wir weiterhin keine Ausbreitung der Tierseuche aus dem bisherigen Gebiet heraus. Aber wir brauchen einen Sicherheitsabstand zu den ASP-freien Gebieten. Deshalb erfolgt die Erweiterung der Flächen, auf denen jetzt wieder die Fallwildsuche beginnt, um ein genaues Bild über das Seuchengeschehen zu bekommen. Es wird ein mühsamer und langer Weg, diese Tierseuche einzudämmen", sagte Köpping (Grüne). Innerhalb der Gebiete gelten die bekannten Vorschriften für Jäger, Landwirtschaft und Öffentlichkeit.

Im gefährdeten Gebiet gilt ein

- Jagdverbot für Schwarzwild. Stattdessen wird eine tierseuchenrechtliche Entnahme durchgeführt.
- Auslauf und Freilaufhaltung von Hausschweinen sind untersagt. Diese dürfen keinesfalls mit Wildschweinen in Berührung kommen. Schweinehalter müssen in ihren Betrieben strenge Biosicherheitsmaßnahmen einhalten. Auch das Verbot der Auslauf- und Freilandhaltung bleibt mit den neuen Allgemeinverfügungen bestehen.
- Die Nutzung von land- und forstwirtschaftlichen Flächen bleibt grundsätzlich erlaubt, sofern sie nicht im Einzelfall untersagt wird.
- Für Hunde gilt in dieser Zone Leinenzwang.
- Verendete und erkrankte Wildschweine sind sowohl im gesamten gefährdeten Gebiet als auch in der Pufferzone unverzüglich gegenüber dem Veterinäramt anzuzeigen und auf ASP zu untersuchen.

Aktuell gibt es in Sachsen 61 bestätigte Fälle von ASP. Zusammen mit Brandenburg sind es 720 Fälle. (agrarzeitung +Sächsische Zeitung)

Unverändert hoher ASP-Druck aus Polen

Die Gefahr der Einschleppung der ASP nach Deutschland ist durch zahlreiche Ausbrüche der Seuche in Polen weiterhin hoch. Besorgniserregend ist die räumliche Konzentration auf den Westen des Landes.

Der Infektionsdruck, der von den zahlreichen Ausbrüchen der Afrikanischen Schweinepest (ASP) in Westpolen ausgeht, ist unverändert hoch. Allein in der ersten Märzwoche bestätigte die oberste Veterinärbehörde Polens 52 neue Nachweise der Tierseuche bei insgesamt 122 Wildschweinen. In der vergangenen Woche kamen bis einschließlich Donnerstag weitere 86 infizierte Tiere hinzu, so dass die Gesamtzahl in diesem Jahr auf 748 stieg.

Aus deutscher Sicht besorgniserregend ist die räumliche Konzentration der Wildschwein-ASP-Fälle auf den Westen Polens. Nach Angaben der Behörden wurden in der ersten Märzwoche allein in der unmittelbar an Brandenburg angrenzenden Wojewodschaft Lebus 44 Funde gemeldet. Zwei weitere Fälle betrafen verendete Wildschweine in Westpommern, also unweit von Mecklenburg-Vorpommern.

Die Gefahr der weiteren Einschleppung der Seuche nach Deutschland ist daher weiter als hoch einzustufen. Europaweit die meisten ASP-Funde hat jedoch Ungarn mit bisher 968 bestätigten Virusfällen in diesem Jahr. In Polen und Ungarn, wie auch in Deutschland, sind bisher jedoch die Hausschweinebestände verschont geblieben. Dagegen meldete Rumänien 2021 bereits 272 ASP-Fälle in Nutzschweinehaltungen. (Topagrar; AgE)

LBV Brandenburg

ASP als europäisches Problem angehen

Angesichts der Bedrohung aus dem Osten unterstützt auch der Landesbauernverband (LBV) Brandenburg die Forderung von Verbraucherschutzministerin Ursula Nonnemacher nach einer weißen Zone an der Grenze zu Polen.

Gleichzeitig äußerte LBV-Präsident Henrik Wendorff aber auch Kritik: „Die neueste Entwicklung der Fallzahlen zeigt eindrücklich, dass die ergriffenen Maßnahmen nicht in dem Umfang wirken, wie die zuständigen Ministerien es darstellen.“ Das aktuelle ASP-Geschehen in Frankfurt an der Oder mache deutlich, dass es unabhängig von den ergriffenen Maßnahmen immer wieder vor dem Zaun an der Oder und der Neiße auf deutschem Gebiet zu ASP-Fällen kommen könne und Deutschland deshalb nicht ASP-frei werde.

Wendorff forderte deshalb die Verantwortlichen dazu auf, das Thema ASP stärker auf europäischer Ebene zu betrachten und den betroffenen Regierungen Unterstützung bei der Bekämpfung anzubieten. Der LBV wies zudem darauf hin, dass die Schweinehalter in den gefährdeten Gebieten und Kerngebieten immer noch auf eine im Dezember angekündigte Finanzhilfe warteten. Über den Anbau bestimmter Kulturen in den Kerngebieten und weißen Zonen beständen zudem weiterhin große Unsicherheiten bezüglich einer rechtssicheren Umsetzung der Regeln durch die Landwirte. (Topagrar; AgE)

LJV Brandenburg:

„Krisenstab entgleitet Seuchengeschehen“

Nachdem in den Landkreisen Märkisch-Oderland und Spree-Neiße Wildschweinkadaver außerhalb der Kernzone positiv auf ASP beprobt wurden, übt der Landesjagdverband Brandenburg an der Landesregierung scharfe Kritik.

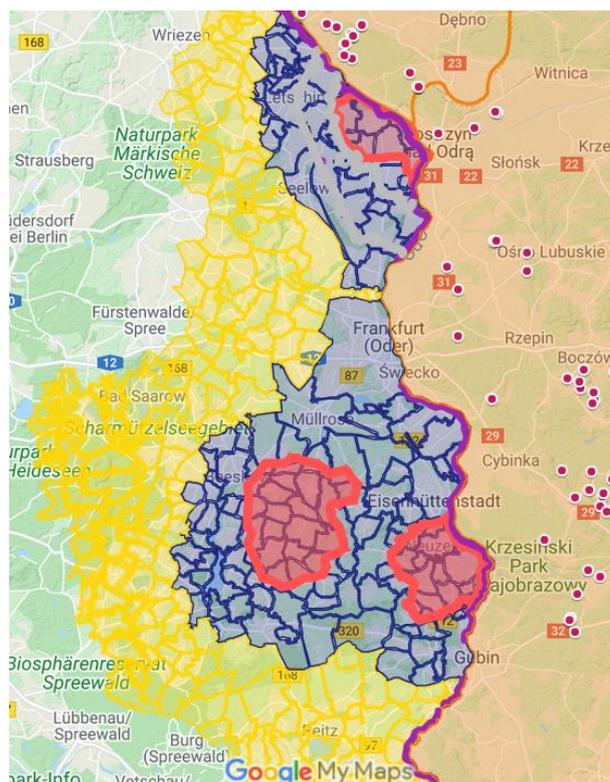
„Seit einem halben Jahr grassiert die Afrikanische Schweinepest unverändert stark im Land Brandenburg. Der Landesregierung ist es nicht gelungen, die Ausbreitung der ASP einzugrenzen“, heißt es in einer Mitteilung vom Donnerstag.

In einer aktuellen Pressemeldung fordere die zuständige Ministerin Ursula Nonnemacher eine schweinepestfreie Zone und eine beidseitige Zäunung entlang der polnischen Grenze. „Ministerin Nonnemacher läuft mit dieser Forderung dem aktuellen Seuchengeschehen

hinterher. Bereits im Jahr 2019 forderten wir als LJVb eine wildschweinsichere Barriere nach Polen“, erklärt LJV-Präsident Dirk-Henner Wellershoff. Der Seuchendruck aus dem Nachbarland sei unkalkulierbar hoch. Der bestehende Zaun sei alles andere als wildschweinsicher, wie verschiedene Aufnahmen belegen würden. Beschädigungen an Zaunlagen würden oft erst nach Tagen geschlossen. Wäre der nationale Katastrophenfall mit Beginn des ASP-Seuchengeschehens ausgerufen worden, wie vom LJVb gefordert, würden personelle und materielle Ressourcen schneller verfügbar sein.

„Die aktuellen Funde zeigen, dass die bisher getroffenen Maßnahmen ihre gewünschte Wirkung verfehlen und die Landesregierung die Kontrolle vollständig verloren hat“, heißt es in der Mitteilung weiter. Empfehlungen seitens der Jägerschaft zur Seuchenbekämpfung seien von dem für die Tierseuchenbekämpfungsmaßnahmen zuständigen Leiter der obersten Jagd- und Forstbehörde Dr. Carsten Leßner abgewehrt worden. „Mit diesem Versagen in der Seuchenbekämpfung müssen sich die verantwortlichen Personen ernsthaft den Konsequenzen stellen“, sagt Dr. Wellershoff. Der Landesjagdverband Brandenburg fordere den Rücktritt der agierenden Personen und eine Neuausrichtung des ASP-Krisenstabs in Brandenburg.

(Wild und Hund; PM/fh)



Quelle: [DJV](#)

VIDEO

Was läuft schief bei der ASP Bekämpfung

Wer sich 16 Minuten Zeit nehmen kann und möchte, kann sich ein [Video zur Situation in Brandenburg](#) ansehen, das bei agrarheute eingestellt wurde.